LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 17. Jahrgang **Monat Mai 2011** **Preis: Spende**

So gesehen...

...kann kein Land auf der Erde mehr vor den Söldnern des Nordatlantikpaktes sicher sein . Überall sind die Kriegstreiber der NATO unterwegs und bringen Leid und Elend zu den Menschen. Wie die Pest oder die spanische Grippe zieht die NATO über die Erde und tötet Menschen. Der Feuerüberfall auf Osama Bin Laden zeigt ganz deutlich, wie ernst es diese Leute mit dem Völkerrecht, den Menschenrechten und der Souveränität der anderen Völker nehmen. Kurz und knapp, die kacken einen riesen Haufen auf alles, was nicht in die Doktrin passt. Dazu werden auch alle Mittel zum Einsatz gebracht. Menschenopfer inklusive.

Wie wollen „wir“ denn den Nahen Osten „demokratisieren“, wenn alles, was die Menschen von uns, unserer Kultur mitbekommen, nur Terror ist. Ausgangssperren, Zusammenbruch der Binnenwirtschaft, Schändung religiöser Stätten, tausende zivile Opfer, gezielte Anschläge auf Privatpersonen. Unter Führung der amerikanischen Imperialisten kracht es überall auf der Welt. Osama Bin Laden wurde getötet. Diese Meldung ging seit dem 1. Mai um die Welt. Die entblöden sich nicht einmal, der ganzen Welt zu sagen, wie eiskalt, korrupt, menschenverachtend und radikal sie vorgehen. Und immer noch soll die ganze Welt so leben, wie die Amis und die Europäer. Denkt denn keiner daran, so unterschiedlich die Menschen auch auf Grund ihrer religiösen Erziehung leben mögen, verbinden doch einige Dinge mit allen anderen Menschen, Gefühle zum Beispiel sind bei den meisten Menschen vorhanden, Menschen mit den gleichen Gefühlen reagieren in vielen Situationen fast gleich. Was ist mit der Wut? Der Wut eines Großvaters, Vaters, Bruders, Sohnes, Onkel einer Mutter, Schwester, Tochter, Tante, über die Ermordung der Lieben?

Was ist mit dem Trotz, der entsteht, wenn mensch sich nicht wehren kann, aber die Fügung ins „Schicksal“ unvermeidlich ist? Führt dieser Trotz dazu, die Akzeptanz einer aufgesetzten, übergestülpten Lebensweise zu steigern?

Afghanistan wurde nur annektiert, um O. B. Laden zu fangen. Huch, jetzt war er eben doch nicht in Afghanistan, zehn Jahre und zigtausend zivile Opfer später kommt raus, in Ordnung, die Kritiker hatten Recht, O. B. Laden war doch nicht in Afghanistan, war er eben in Pakistan. In aller feinster Rambomanier rammeln die mit vier Kampfhubschraubern in einen Vorort von Islamabad und zertrümmern ein komplettes Anwesen in einem Wohngebiet.

Die nächsten Bilder sind welche von amerikanischen Zivilisten, die USA-USA-brüllend den Tod des O.B. Laden feiern. Solche Bilder taugen nicht gerade für das Ansehen der westlichen Welt, die immer bestrebt ist, ihre Gerichtsbarkeit, die freien Wahlen und das Diktaturferne Zusammenleben als das Non Plus Ultra der Lebensweisen auf diesem Planeten anzupreisen. Knallharte Hinrichtung ohne Prozess, geschweige denn Beweise. Mit Kollateralschäden in unbekannter Höhe. Haben die USA die Lizenz zum Töten? Ich denke nicht.

Andere Baustelle, Libyen. Mittlerweile wird klar, die CIA war schon lange vor den ersten Demos im Lande. Schon einige Zeit baut die CIA eine „Opposition“ gegen Gaddafi auf. Schmuggelt Waffen und Propagandamaterial ins Land und schwächt dadurch die Position der libyschen Regierung. Als alles instabil genug ist, beginnen wie aus heiterem Himmel die Demonstrationen gegen Gaddafi. Ein Bürgerkrieg beginnt. Um ein Blutbad zu vermeiden, werden Truppen geschickt, die die reguläre Regierung bekämpfen. Natürlich nur militärische Ziele. Zwischen 6Monaten und drei Jahren waren die Enkelkinder Gaddafis, als sie von Natoschergen gemeinsam mit ihren Eltern aus dem Leben gerissen worden sind. Was können sie dafür, dass ihr Opa, Vater von einem Tag auf den anderen zur Persona non grata wird? Nichts. Trotzdem mussten sie sterben. Das ganze Genöle mit aus Versehen und so ist Quatsch. Die können aus dem Weltall Zeitung lesen, wenn sie wollen. Also wissen die auch, wen sie auf der Erde angreifen.

Demokratie brüstet sich mit der Gerechtigkeit, dem Justizsystem, mit freien Wahlen. Demokratie tötet Menschen ohne Anklage, Beweise, Verfahren und nur auf Grund ihres Verwandtschaftsgrades. Sippenhaft in ihrer endgültigen Form. Beispielgebend für die ganze Erde? Hoffentlich nicht!

Mama

Inhalt:

Erster Erörterungstermin zum geplanten Bau der 380-kV-Leitung	Seite 3
LINKES Straßenfest in Arnstadt zum 1. Mai	Seite 5
Der Kern linker Politik steht nicht zur Disposition - Nach vorn! Gemeinsam. Ein politischer Zwischenruf	Seite 6
Bürgerinitiativen gegen überhöhte Abgaben wollen ein Volksbegehren starten	Seite 8
„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung“	Seite 9
Keine Privatisierung der Abfallwirtschaft im Ilm-Kreis - Ehrenamt darf keine Frage des Geldbeutels sein	Seite 10
Zur Energiewende beitragen – Energiestadt Ilmenau	Seite 11
Das Politikfeld erneuerbare Energien besetzen! - Nicht, dass es dann heißt: „Ätsch, wir ziehen es euch wieder ab“	Seite 12
Fortsetzung der Artikelserie – „Historische Ereignisse“, Teil 6	Seite 13
„Wieso erfahren wir das aus der Zeitung!?“ - Wahlerfolg contra Programmatik?	Seite 14
Zum NATO-Angriff auf Libyen	Seite 15
Termine	Seite 16

Erster Erörterungstermin zum geplanten Bau der 380-kV-Leitung

Zunächst überraschte das Landesverwaltungsamt die KritikerInnen der geplanten 380-kV-Freileitung mit der Zulassung der Öffentlichkeit zum Erörterungstermin am 2. Mai in der Arnstädter Stadthalle. Im Vorfeld war geplant gewesen, lediglich die Einwenderinnen und Einwender zu diesem Termin zuzulassen.
Einige der TeilnehmerInnen an der von der IG Hochspannung und der LINKEN Ilm-Kreis organisierten Mahnwache nutzten diese überraschende Gelegenheit. Kritisch anzumerken ist dennoch, dass die Information – dass die ursprünglich geplante Nichtöffentlichkeit aufgehoben werden würde – nicht bereits im Vorfeld bekannt gegeben worden war. Sicherlich hätten mehr Interessierte sich für die Erörterung der Einwendungen gegen den Bau der Trasse interessiert, wenn sie denn gewusst hätten, dass sie an der Veranstaltung teilnehmen können.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurde über die Notwendigkeit der Trasse gesprochen. Hauptredner auf der Seite der Trassengegner waren Rechtsanwalt Dr. Neumeier, der u.a. zahlreiche Kommunen (darunter die Städte Großbreitenbach, Gehren und Langewiesen sowie Möhrenbach und Elleben) aber auch die BI'en im Planfeststellungsverfahren vertritt, und Professor Jarass, der im Auftrag der Bürgerinitiativen und 33 betroffener Kommunen ein Gutachten zum Nachweis der Notwendigkeit erstellt und nachgewiesen hatte, dass es Alternativen zu dieser 380-kV-Wechselstromleitung gibt.

Solange diese Alternativen bei der Feststellung des Bedarfs der Leitung nicht geprüft seien, so Rechtsanwalt Dr. Neumeier, könne im Planfeststellungsverfahren nicht entschieden werden. Aus diesem Grunde beantragte er, das Verfahren so lange auszusetzen, bis ein Gutachten zum Bedarf vorliege.

Mehr als 1.100 Einwendungen liegen dem Landesverwaltungsamt im Planfeststellungsverfahren vor. Die Haupteinwände bezüglich der Notwendigkeit dieser Trasse: Alternativen wie Freileitungsmonitoring und die Optimierung der bestehenden zur Trasse Redwitz – Remptendorf mittels Hochtemperaturleiterseilen seien nicht geprüft, die tatsächliche Überlastung der Leitung durch Starkwindeinspeisung sei nicht nachgewiesen worden.

50hertz-Transmission überraschte während des Erörterungstermins die TrassengegnerInnen damit, dass es erstmals in diesem seit 2006 laufenden Verfahren Zugeständnisse zu den von den KritikerInnen vorgetragenen Möglichkeiten technischer Alternativen machte und verkündete, dass derzeit für die Trasse Redwitz – Remptendorf die Umrüstung auf Hochtemperaturseile geprüft werde. (Diese Information lieferte Herrn Dr. Neumeier erneut einen Grund, seinen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens zu bekräftigen.)

Während der Mittagspause hatten die TrassengegnerInnen zu einer Pressekonferenz eingeladen, die sie für eine erste Zwischenbilanz nutzten.

An dieser PK nahmen Petra Enders als betroffene Bürgermeisterin, die Sprecher der IG „Achtung Hochspannung" Siegfried Kriese und Peer Schulze, Professor Jarass und Dr.

Neumeier teil. Die Erörterung sei bisher positiv verlaufen, es sei deutlich geworden, dass der Leistungsneubau nicht erforderlich sei. Erstmals sei vom Betreiber die Möglichkeit technischer Alternativen aufgegriffen worden und zum ersten Mal habe er darüber informiert, dass das Freileitungsmonitoring bereits angewandt werde, so Dr. Neumeier. Das Verfahren sei auch deshalb nicht entscheidungsreif, weil 50hertz bisher keine Lastflussanalyse vorgelegt habe.
Peer Schulze bezeichnete das Verfahren als „Farce“. Der Antragsteller habe der Genehmigungsbehörde bis zum Erörterungstermin wichtige Fakten vorenthalten, die Behörde werde quasi „vorgeführt“.

So genannte Lastflussanalysen, so Professor Jarass, lägen bisher in allen ihm bekannten Verfahren vor. Dem Thüringer Landtag sei 2010 während der Anhörung durch 50hertz versprochen worden, eine solche Lastflussanalyse vertraulich zuzuleiten. Nur mittels einer solchen Analyse könne man für einen längeren Zeitraum feststellen, wie die Trasse Redwitz – Remptendorf belastet sei, wer wann Strom einspeise, ob die Leitung tatsächlich überlastet sei und warum. Es könne ja nicht sein, dass im Thüringer Wald eine solche Leitung gebaut werde, weil Braunkohlekraftwerke auch bei starker Windbelastung nicht abgeschaltet würden. Jarass äußerte die Vermutung, dass die Leitungsüberschreitungen bei Starkwindeinspeisung, die den Neubau einer 380 kV-Trasse angeblich notwendig machten, auch dadurch entstünden, dass Braunkohlekraftwerke auch bei solchen Starkwindeinspeisungen ebenfalls weiterhin einspeisten und nicht abgeschaltet würden.
Über ein transparentes Verfahren könnten die Bürgerinnen und Bürger von der möglicherweise bestehenden Notwendigkeit einer solchen Trasse überzeugt werden. Transparenz werde aber von 50hertz bewusst nicht hergestellt.

Naturschutzbelange, Erholungsgebiete und Nahausflugsziele, wie der Riechheimer Berg mit seiner spektakulären Aussicht, spielten nach der Mittagspause eine Rolle, als die Genehmigungsbehörde den Antrag auf Unterbrechung bzw. Aussetzung des Verfahrens abgelehnt hatte. Der Forderung nach der Erdverkabelung der Trasse (ein Einwender aus Riechheim zitierte hierzu aus dem Landtagswahlprogramm der Thüringer SPD und forderte die Umsetzung dieses Versprechens im Rahmen des Regierungshandelns ein) begegnete der zuständige Vertreter von „50hertz“ mit den Erfahrungen des Unternehmens mit Muffenschäden und dadurch bedingten Ausfallzeiten sowie den höheren Kosten der Erdverkabelung.

Auch die Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“, der Vertreter der Verwaltungsgemeinschaft Riechheimer Berg und ein Vertreter der Stadt Erfurt kamen an diesem Nachmittag zu Wort.

Die IG „Achtung Hochspannung“ äußerte scharfe Kritik am Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde und bemängelte u.a. das undemokratische Verfahren. Der gesetzlich festgelegte Grundsatz Netzoptimierung vor Netzverstärkung vor Netzneubau spiele in diesem Verfahren keine Rolle und das zu Lasten des Thüringer Waldes als einzigartiger Natur- und Kulturlandschaft und der hier lebenden Menschen. Siegfried Kriese und Peer Schulze bezeichneten die geplante Starkstromtrasse als „Relikt einer Energiepolitik aus der Vergangenheit.“ Man müsse sich den veränderten Anforderungen stellen und die Weichen in Richtung einer ökologischen Zukunft stellen. Thüringen werde auf diese Weise zu einem Vorbild für Deutschland werden. „Das Grüne Herz Deutschlands als Grüner Motor Deutschlands! – Das wäre eine einzigartige Werbung, die zum Freistaat passen würde.“

Sabine Berninger

Bürger für Gebührengerechtigkeit
Wasser-Abwasser Widerspruch

Regionalausgabe für Arnstadt und Umgebung erhältlich in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE und im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger. Bestellungen auch unter 03628 660624.

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.06. 2011. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

LINKES Straßenfest in Arnstadt zum 1. Mai –

Frank Kuschel kündigte an, nächstes Jahr als Bürgermeister zu kandidieren

Traditionell feierte DIE LINKE. Arnstadt den 1. Mai mit einem Straßenfest in der Zimmerstraße, bei guter Versorgung mit selbst gebackenem Kuchen, mit Bratwürsten und Getränken – alles zu sehr moderaten Preisen. Auch das Frauenzentrum hatte wieder ein Angebot zum Spielen und Basteln für die Kinder gemacht. „Cuba si“ waren mit einem Informationsstand dabei, und auf der kleinen Bühne spielten zwischen den Reden und Talk-Runden „Rudi vom Kienberg“ und das Liedermacherduo „DER SCHWARZE SCHMIDT“.

Die Stadtvorsitzende der LINKEN, MdL Sabine Berninger, eröffnete diesen 1. Mai, der nunmehr zum 122. Mal als Protest- und Gedenktag der internationalen Arbeiterbewegung begangen wurde. Gleichzeitig trat an diesem Tag die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft. Der deutsche Arbeitsmarkt steht damit auch Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa ohne Einschränkungen offen. „Das ist ein guter Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Es ist ein schlechter Schritt für die arbeitenden Menschen, wenn Arbeitgeber nicht daran gehindert werden, die Konkurrenz zwischen ihnen auszunutzen und die Löhne weiter zu drücken. Das wirksamste Mittel gegen Lohndumping ist die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen und existzensichernden Mindestlohns. Dafür kämpft DIE LINKE in den Parlamenten und auf der Straße“, betonte Sabine Berninger.

Dass als Hauptredner Frank Kuschel, der kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, angekündigt war, hatte natürlich einen besonderen Grund, der schon am Tag zuvor aus der Lokalpresse zu entnehmen war: Frank Kuschel, der auch Mitglied im Kreistag und im Stadtrat Arnstadt sowie im Verbraucherbeirat beim Wasser- und Abwasserzweckverband Arnstadt und Umgebung ist, kündigte an, dass er nächstes Jahr als Bürgermeister in Arnstadt kandidieren will. Er setzte sich mit dem fragwürdigen Demokratieverständnis des amtierenden Bürgermeisters Köllmer auseinander – die Stadt hat noch immer keinen Haushalt für dieses Jahr und der Stadtrat und die Bürger sind praktisch entmachtet – und er umriss grob, wie er sich die Perspektive der Kreisstadt vorstellen könnte: „Wir brauchen eine Kooperation mit der Landeshauptstadt und wir müssen mit dem Umland noch stärker zusammenarbeiten. Arnstadt muss ein einladendes Image entwickeln.“

„Wir sind die zweitstärkste Fraktion im Stadtrat“, betonte anschließend der Kreisvorsitzende Eckhard Bauerschmidt, der die Kandidatur von Frank Kuschel unterstützte – „wir müssen Farbe bekennen“.

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

Der Kern linker Politik steht nicht zur Disposition

Der Geschäftsführende Parteivorstand (GfPV) hat sich in seiner Sitzung am 20. April 2011 wie folgt verständigt:

1. Die Partei ist in einer schwierigen Situation. Es ist Aufgabe des Geschäftsführenden Parteivorstandes und aller FunktionsträgerInnen, gemeinsam und in einer fairen und konstruktiven Atmosphäre die nächsten Etappen für die Partei inhaltlich vorzubereiten. Dazu zählen insbesondere die gemeinsame Beratung mit den Ländern am 2. Mai, die Wahlen in Bremen am 22. Mai, die Kreisvorsitzendenkonferenz am 26. Juni sowie die Beschlussfassung über den überarbeiteten Programmentwurf im Mai und Juli dieses Jahres im Parteivorstand. Der GfPV wird dazu für die PV-Sitzung am 30. April eine Vorlage erarbeiten.

2. Es gibt in der Partei breiten Diskussionsbedarf über unsere programmatische und strategische Aufstellung, wenngleich Einigkeit darüber besteht, dass unser Kern linker Politik, soziale Gerechtigkeit und konsequentes Friedensengagement, nicht zur Disposition steht. Diesem Diskussionsbedarf muss Raum in der Partei eingeräumt werden, z B. auf den Zusammenkünften mit den Kreis- und Landesvorsitzenden. Der GfPV erneuert seine Einladung an alle Mitglieder und Zusammenschlüsse, sich an diesen Diskussionen in offener Atmosphäre und an der Sache orientiert zu beteiligen.

3. An der in den letzten Tagen entstandenen zugespitzten Situation haben Viele Anteil, auch Mitglieder des GfPV. Der GfPV sieht sich in der Verantwortung, die Debatte über das Führungspersonal der Partei sofort einzustellen und erwartet von allen VerantwortungsträgerInnen in der Partei gleiches. In einem offenen und konstruktiven Meinungsaustausch wurden Motive und Wirkung öffentlicher Diskussionsbeiträge erörtert. Dabei wurde deutlich, dass die von Raju Sharma gegenüber von Klaus Ernst gewählte Formulierung als verletzend empfunden wurde. Raju Sharma bedauert dies. Werner Dreibus nimmt seine Rücktrittsaufforderung gegen Raju Sharma zurück. Sahra Wagenknecht hatte den Rücktritt von Raju Sharma nicht gefordert.

4. Den Mitgliedern des GfPV ist bewusst, dass gerade ihnen im besonderen Maße eine Integrationsfunktion zukommt. Wenn diese Integration gelingen soll, darf es kein Infragestellen des 2010 gewählten Führungstableaus oder öffentliche Angriffe gegen Mitglieder der Parteispitze geben. Wir sind darauf angewiesen, dass sich alle Mitglieder des GfPV kulturvoll und mit dem notwendigen Respekt begegnen.

5. Der GfPV hält es für angebracht, Möglichkeiten zu diskutieren, die Landesverbände noch enger und kontinuierlicher in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse des Vorstandes einzubeziehen.

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

Nach vorn! Gemeinsam. Ein politischer Zwischenruf

Unsere Partei braucht eine neue politische Kultur der Auseinandersetzung und Debatte, sie braucht ein Miteinander in der offenen Auseinandersetzung mit der Gegenwart und bei allen Differenzen gemeinsam gegangene mutige Schritte nach vorn. Auf diesem Weg könnten wir aus der jetzigen Krise finden. Die Botschaft der letzten geringen Wahlerfolge an DIE LINKE heißt für uns: Ändert euch, damit ihr stark bleiben könnt. Politische Stärke erweist sich nicht im internen Schlagabtausch und Machtkampf, politische Stärke zeigt sich besonders in der Fähigkeit, aus schwieriger Situation heraus zu finden.

Solidarische Politik – Kultur der Solidarität: Als im zurückliegenden Jahrzehnt die Sorgen und die Empörung über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der damaligen Bundesregierungen sprunghaft wuchsen, stieg zugleich der Druck auf alle politischen Kräfte, die dem Widerstand entgegensetzen wollten und nach einer neuen sozialen Idee suchten, dieser Kritik politischen Ausdruck und Wirksamkeit zu verschaffen. Linke unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Erfahrungen in Deutschland schlossen sich zusammen, bildeten gemeinsam die Partei DIE LINKE und traten solidarisch und vereint an die Seite der Bürgerinnen und Bürger. Trennendes und ungelöste Fragen waren zurück gestellt, weder erledigt noch vergessen, aber die Partei um das offenkundig Verbindende herum organisiert worden. Was für den Moment des Beginns richtig war, führt in Stillstand, politische Blockaden und engstirnige Machtkämpfe, wenn es nicht durch eine produktive Debatte aufgelöst und zusammen geführt wird. Deswegen brauchen wir jetzt ein neues, solidarisches Miteinander – ein gemeinsamen Aufbruch auf der Basis des Erreichten, über Trennendes hinweg und hin zu Antworten auf die Fragen von heute und morgen. In unserer pluralistischen Partei hat nicht eine oder einer, nicht eine Generation oder eine Gruppierung allein die einzig mögliche Lösung. Wir können sie nur in fairem, respektvollen Umgang miteinander aushandeln und finden – anhand gemeinsamer Kriterien, anhand gemeinsamer

Grundwerte von Demokratie und Menschenwürde.

Offene Auseinandersetzung mit der Gegenwart: Die noch lange nicht ausgestandene Weltfinanzkrise, der schärfer und bald komplizierter werdende Streit um die Energiewende und der nötige sozialökonomische und –ökologische Strukturwandel, die Fragen nach der sozialen Beherrschung der Globalisierung oder auch die neuen, starken Momente demokratischen Engagements machen deutlich: Das Feld konkreter gesellschaftspolitischer Herausforderungen ist breit, theoretisch einleuchtende Antworten sind noch längst keine politischen. Die inakzeptablen Antworten der Schröder-Regierung auf einen Teil der Fragen sind heute eben auch nur noch ein Teil des Problems. Die Wiederholung alter Grundsätze allein genügt jetzt nicht. Gefragt sind die auf die Höhe der Zeit gebrachten Fähigkeiten, die DIE LINKE in der Auseinandersetzung mit der rot-grünen Reformpolitik stark gemacht haben: die Zeichen der Zeit zu erkennen, Organisation und Debatten konsequent auf politische Handlungsfähigkeit auszurichten.

Mutige Schritte nach vorn: Die heutigen Herausforderungen brauchen dringend aktuelle linke Antworten – auch als praktikable, überzeugende und mobilisierende Angebote zur politischen Gestaltung in Gegenwart und Zukunft. Der Mut einer Partei erweist sich nicht darin, dass sie sich mutig nennt, sondern in der politisch und gesellschaftlich spürbaren Kraft zum Aufbruch hier und heute. Keine Herausforderung dieser Zeit ist zu groß, als dass selbst eine kleine Partei wie DIE LINKE sich vor ihr drücken dürfte. Kein die Menschen bedrückendes Alltagsproblem ist zu klein, als dass eine engagierte Partei wie DIE LINKE es ignorieren dürfte. Wir wollen zum Motor gesellschaftlicher Veränderungen werden – das ist der Anspruch. Der Motor aber erfüllt seine Aufgabe ja nicht allein und für sich, sondern erst wenn er ein ganzes Fahrzeug mit vielen Passagieren in Bewegung setzt. Vor allem aber muss er gestartet werden, ehe die Reise beginnt – und nicht im Leerlauf bleiben. Sonst kommt niemand ans Ziel.

Es ist Zeit zu handeln. Es mangelt derzeit nicht an Deutungsversuchen zum Zustand unserer Partei. Es mangelt nicht an Kritik gegenüber Zuständen und Personen. Es mangelt nicht an Rufen nach Verbesserung. Es mangelt nicht einmal mehr an Bereitschaft zur Veränderung in den eigenen Reihen. Jetzt wollen und dürfen wir nicht weiter Zeit verlieren.

Gemeinsam.

Drei Schritte stehen jetzt auf der Tagesordnung:

Erstens: Den Aufbruch organisieren. Die Vorstände von Bundespartei, Landes- und Kreisverbänden sind hier gemeinsam gefordert. Darum muss es gehen, wenn ihre Vertreter in den nächsten Tagen und Wochen zusammen treffen. Schuldzuweisungen sind keine Analysen, Selbstrechtfertigung darf nicht mit Bewahrung der Identität der Partei verwechselt werden. Was zum Verständnis von Parteientwicklung und Wahlverhalten auf dem Tisch liegt, muss für politische Schlussfolgerungen über Organisation, Struktur und thematische Aufstellung der LINKEN aufbereitet werden. Entscheidungen gehören dann in die dafür statuarisch verantwortlichen Gremien.

Zweitens: Die in der Programmdebatte doch erkennbare Vitalität, die Ideen Vieler in der Partei müssen genutzt werden. Die abschließende Phase des Meinungsstreits ist auch eine große Chance, das Gedankengut der LINKEN bekannt zu machen, dafür zu werben und in einem öffentlichen Dialog auch dabei und daraus zu lernen. Wer schon Angst vor der Verbesserung eigener Texteentwürfe erkennen lässt, setzt sich zwangsläufig dem Argwohn aus, er sei erst recht zu schwach für tatsächliche politische Veränderung.

Drittens: Einstieg in die Strategie-Debatte – jetzt. Bei Wahlen die Reihen zu schließen bedeutet doch nicht die Aufforderung an Parteien zur Intransparenz – im Gegenteil. Die Berlinerinnen und Berliner, die Bürgerinnen und Bürger in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben doch einen Anspruch darauf zu erfahren, was DIE LINKE aus der derzeitigen Stagnation gelernt hat. Die noch ausstehenden Wahlkämpfe sind zudem eine gute Gelegenheit, mit Wählerinnen und Wählern über ihre Erwartungen an unsere Partei zu diskutieren. Die abschließende Phase der Programmdebatte sollte ohnehin organisch mit der Frage verbunden werden, was denn die ausgearbeiteten Grundsätze für die politische Aufstellung der LINKEN bedeuten.

Lasst uns also diese drei Schritte miteinander zügig gehen, um bundesweit weiter wirkungsvoll in die Politik einzugreifen. Wir - DIE LINKE – tragen einen großen Teil Verantwortung dafür, dass die neue soziale Idee mehr ist, als eine unerfüllbare Hoffnung.

19. April 2011 - Kreszentia Flauger (Niedersachsen) / Kerstin Kaiser (Brandenburg) / Willi van Ooyen (Hessen) / Bodo Ramelow (Thüringen)

Bürgerinitiativen gegen überhöhte Abgaben wollen ein Volksbegehren starten

MdL Frank Kuschel: Logische Konsequenz des Versagens der Thüringer Regierungspolitik

Nachdem sich bei einer Veranstaltung am 28. April im Landtag in Erfurt die Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben darauf verständigt haben, ein Volksbegehren zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge auf den Weg zu bringen, erklärte Frank Kuschel: „Dies ist die logische Konsequenz des Versagens der Thüringer Regierungspolitik. CDU und SPD haben es seit Jahren versäumt, ein bestehendes Problem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu lösen.“ Inzwischen ist die Situation so, dass „wir im bundesweiten Vergleich in Thüringen ein Kommunalabgabengesetz haben, das die Bürger am meisten belastet!“

Der kommunalpolitische Sprecher signalisierte die Unterstützung der Linksfraktion und betonte: „Die LINKE hält die Erhebung von Ausbaubeiträgen zur Finanzierung von Abwasseranlagen und kommunalen Straßen für nicht mehr zeitgemäß, perspektivisch gehören die Beiträge abgeschafft.“ Vielmehr müsse die Finanzierung von Investitionen im Abwasserbereich analog den Regelungen bei den Wasserversorgungsanlagen über die Gebühren und damit verbrauchsabhängig erfolgen. Zur Mitfinanzierung von Straßenbauinvestitionen schlägt die LINKE als Zwischenlösung die Erhebung einer so genannten Infrastrukturabgabe vor, über die die Gemeinden selbst entscheiden sollen, ähnlich wie in Sachsen.

Die Vorstellungen der LINKEN entsprechen im Wesentlichen den Forderungen der Bürgerinitiativen, die gemeinsam mit den Grünen als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, aber von CDU und SPD abgelehnt wurden. Mit der neuen Novelle des Kommunalabgabengesetzes werden jetzt die Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sogar noch weiter verschärft.

Mitglieder der BI im Erfurter Landtag

Beitragssystem aus dem 19. Jahrhundert

Auf der Beratung in Erfurt hatte Frank Kuschel, der auch Schatzmeister bei der Bürgerallianz ist, darauf verwiesen, dass „wir uns verfassungsrechtlich in einer Grauzone befinden. Deshalb haben wir gesagt, dass das Volksbegehren notwendig ist, um schließlich eine verfassungsrechtliche Klärung zu erreichen“. So sei z.B. bei der Beitragserhebung völlig unklar, was eigentlich unter einem bebauten Grundstück zu verstehen ist.

Insbesondere die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis 1991 stößt bei den Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben zu Recht auf Unverständnis. „CDU und SPD halten an einem Beitragssystem aus dem 19. Jahrhundert fest, das aber nicht geeignet ist, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen“, protestierte Frank Kuschel und verwies auf die bei den zahlreichen Protestveranstaltungen vor dem Landtag immer wieder vorgebrachten Argumente.

Ist das Volksbegehren erfolgreich, könnten die Bürger selbst entscheiden, in welcher Form sie sich an der Finanzierung von Abwasseranlagen und kommunalen Straßen beteiligen. „Die Landtagspräsidentin, die Landesregierung und CDU und SPD im Thüringer Landtag sollten diese Volksentscheidung zulassen und nicht bereits den Antrag für das Volksbegehren mit juristischen Mitteln torpedieren“, sagte der LINKE Abgeordnete mit Verweis darauf, dass voraussichtlich am 19. Mai der Bürgerantrag bei der Landtagspräsidentin angezeigt wird und dann die notwendigen 5.000 Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens gesammelt werden müssen. Nach einer rechtlichen Prüfung auf Zulässigkeit beginnt das eigentliche Volksbegehren, für das innerhalb von vier Monaten 178.000 Thüringerinnen und Thüringer unterschreiben müssen. Erst wenn dieses Quorum erreicht ist, wird das Begehren zum Volksentscheid.

Die Landtagsfraktion der LINKEN und die Abgeordnetenbüros wollen die Volksbegehrensinitiative unterstützen. Aber natürlich sollten sich die Bürgerinitiativen auch an die anderen Landtagsabgeordneten wenden, denn es geht hier auch um eine Frage der direkten Demokratie.

Als Vertrauenspersonen des Volksbegehrens wurden von der Versammlung bestimmt: Peter Hammen, Vorsitzender der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V., und Susan Rechenbach, Rechtsanwältin aus Arnstadt.

LINKES ECHO
Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis
DIE LINKE.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung“

Aus Anlass des 66. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald fand am 11. April 2011 eine Gedenkveranstaltung statt.
Auf dem ehemaligen Appellplatz hatten sich dazu Überlebende des KZ Buchenwald und Vertreter von Parteien und verschiedener Organisationen eingefunden.
Die Linke Arnstadt war durch Sabine Berninger, Jens Petermann und Matthias Munk vertreten.
In seiner Rede betonte der Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, Bertrand Herz, den Mut der im Lager Inhaftierten. Trotz der allgegenwärtigen Brutalität der SS Mannschaften erkämpften sie sich die Freiheit und das Ende der unmenschlichen Zustände im Lager auf dem Ettersberg noch bevor alliierte Truppen dort eintrafen.
Gleichzeitig erinnerte Herz an den 22. Juni 1941, den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion. Wörtlich sagte er: „Das Internationale Komitee schließt sich dem Gedenken an das erlittene Leid an. Es beteiligt sich an der Ehrung für die sowjetischen Soldaten, von denen mehrere Millionen auf schändliche Weise durch die Nazis umgebracht wurden. Einige von ihnen, auch Frauen, litten in den Lagern Buchenwald, Dora und den Außenkommandos, verweigerten oft die Zwangsarbeit und wurden in manchen Fällen kaltblütig ermordet.“
Als weiterer Redner ergriff Romani Rose, Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, das Wort.
In seinen Ausführungen würdigte er nicht nur die Opfer der Nazi Diktatur. Er rief gleichzeitig dazu auf, dem Rassismus und der Diskriminierung der Gegenwart entgegen zu wirken.
Als Beispiel nannte er Übergriffe auf ungarische Roma. Seit dem Jahr 2008 wurden dabei elf Menschen, darunter ein fünfjähriges Kind und dessen Vater ermordet.
Unter den Teilnehmern des Gedenkens befanden sich viele Junge Menschen. Vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der Augenzeugen altersbedingt jährlich sinkt, ist dieser Fakt besonders erfreulich.
Die Veranstaltung endete mit einer Kranzniederlegung am Glockenturm der Gedenkstätte Buchenwald.

Matthias Munk, Arnstadt

(Foto: Jens Petermann)

Keine Privatisierung der Abfallwirtschaft im Ilm-Kreis

„Die Mehrheitsentscheidung des Kreistages im Ilm-Kreis zur europaweiten Ausschreibung der Abfallentsorgung könnte letztlich zur vollständigen Privatisierung dieser Leistung führen“, befürchtet Frank Kuschel, Kreistagsmitglied der LINKEN.

Bisher wird die Abfallentsorgung im Ilm-Kreis durch die Ilmenau Umweltdienst GmbH (IUWD) wahrgenommen, an der der Landkreis 51 Prozent hält und ein private Miteigentümer 49 Prozent. Aufgrund europäischer Vorgaben müssen kommunale Leistungen ausgeschrieben werden, wenn an den entsprechenden Unternehmen private Akteure beteiligt sind. Andererseits hat die EU bestimmt, dass bei der Aufgabenwahrnehmung durch reine Kommunalunternehmen ohne private Beteiligung die Beauftragung ohne Ausschreibung erfolgen kann. Diesen Weg der so genannten Re-Kommunalisierung haben jedoch CDU, FDP und Freie Wähler im Kreistag blockiert und vielmehr auf die Wirkung eines angeblichen freien Marktes gesetzt. Wer jedoch die gegenwärtigen bundesweiten Unternehmensstrukturen im Bereich der Abfallentsorgung analysiert, wird Parallelen zum Energiemarkt feststellen. „Auch im Abfallbereich beherrschen nur wenige Unternehmen den Markt und von einem freien Wettbewerb kann keine Rede sein“, ist der Linkspolitiker überzeugt. Die Hoffnung der Privatisierungsbefürworter, dass im Ergebnis der europaweiten Ausschreibung die Kosten und Gebühren sinken, sei trügerisch.

Das bisherige Modell der Abfallentsorgung hat sich im Ilm-Kreis bewährt und zudem moderate Gebühren gesichert. DIE LINKE fordert deshalb die Beibehaltung dieses Modells. Dies ist auch unter den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen möglich. Denkbar ist die Gründung einer kreiseigenen Gesellschaft ohne private Beteiligung, die vom Landkreis die Abfallentsorgung zugewiesen bekommt. Diese Gesellschaft beauftragt die IUWD als Geschäftsbesorger mit dem operativen Geschäft. „Für die Beschäftigten und Bürger würde diese Neustrukturierung überhaupt keine Veränderungen bedeuten und die risikobehaftete Privatisierung wäre vom Tisch“, ist Frank Kuschel sicher. Das Modell der LINKEN wird im Übrigen bereits in vergleichbarer Art bei der Betreibung der Kompostierungsanlage und beim Öffentlichen Personennahverkehr praktiziert.

Es ist jetzt noch Zeit, die europaweite Ausschreibung der Abfallentsorgung zu stoppen und ein Modell in kreislichen Strukturen zu realisieren. „Die Abfallentsorgung gehört nicht in private Hände, sondern muss kommunal bleiben“, so der Linkspolitiker abschließend.

Ehrenamt darf keine Frage des Geldbeutels sein

Sonderinfo der AG Kommunalpolitik der LINKEN zu Hartz IV und den kommunalen Aufwandsentschädigungen

Die Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Katja Kipping und Michael Leutert haben die Bundesregierung mit schriftlichen Fragen nach den Auswirkungen dieser Neuregelung auf ehrenamtlich tätige Hartz-IV-Leistungsberechtigte, insbesondere auch ehrenamtliche kommunale Amts - und MandatsträgerInnen befragt. Die Antworten zeigen: nur weniges ist besser, das meiste aber ist schlechter geworden.

Laut Auskunft der Bundesregierung werden pauschale Aufwandsentschädigungen im Grundsatz zukünftig wie Einkommen aus Erwerbstätigkeit behandelt. Diese Bezüge oder Einnahmen werden allerdings gegenüber Erwerbseinkommen insoweit anders behandelt als ein Freibetrag von 175 Euro monatlich eingeräumt wird (statt 100 Euro). In dem ursprünglichen Gesetzentwurf war der erhöhte Freibetrag noch nicht vorgesehen; dieser ist erst durch den Vermittlungsausschuss eingefügt worden.

Bislang wurden die entsprechenden Einnahmen bis zu einer Höhe einer halben monatlichen Regelleistung anrechnungsfrei gestellt; dies entspricht in etwa dem jetzigen Freibetrag von 175 Euro. Wenn darüber hinaus ein weiterer Bedarf nachgewiesen werden konnte, beispielsweise durch die Vorlage von Quittungen für sächlichen Aufwand, dann war auch dieser Betrag anrechnungsfrei. Nie anrechnungsfrei war die Erstattung von zeitlichem Aufwand.

Begründet wird dieses Vorgehen mit einer Gleichstellung der Anrechnung in der Grundsicherung Hartz IV mit der Steuerfreiheit im Einkommensteuerrecht. Lediglich Entschädigungen mit einer ausdrücklichen Zweckbestimmung (nach Aussagen der Bundesregierung: z.B. Fahrtkostenentschädigung, Kleidergeld, Materialkostenpauschale;) sowie ein tatsächlich nachgewiesener Aufwand bleiben nach Ansicht der Bundesregierung anrechnungsfrei.

In dem neuen § 11a Abs. 3 SGB II heißt es dagegen, dass „Leistungen, die auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, (…) nur soweit als Einkommen zu berücksichtigen (sind), als die Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen.“ Aufwandsentschädigungen für kommunale MandatsträgerInnen, ehrenamtliche BürgermeisterInnen und sonstige öffentlich-rechtliche Funktionen zählen zu den Leistungen, die „auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften“ erbracht werden.

Entgegen dem Wortlaut der Vorschrift (nur im Einzelfall als Einkommen anzurechnen) geht die Bundesregierung in den Antworten auf die schriftlichen Fragen davon aus, dass auch die pauschalen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche BürgermeisterInnen oder kommunale MandatsträgerInnen wie Einnahmen aus Erwerbstätigkeit behandelt werden, d.h. mit einem Freibetrag in Höhe von 175 Euro und ab 100 Euro mit einem Selbstbehalt von 20 % bewertet werden. Daraus folgt, dass – wie bisher – anzuraten ist, Quittungen des tatsächlichen Bedarfs zu sammeln um die ausdrückliche Zweckbestimmung nachweisen zu können.

Im Vergleich zum bisherigen Recht

ist es nicht mehr möglich, die Anrechnungsfreiheit von Bezügen aufgrund ehrenamtlicher Tätigkeiten mit den Freibetragsregelungen für Erwerbseinkommen zu kombinieren. Wer zusätzlich zu Entschädigungen eine (geringfügige) Erwerbstätigkeit ausübt, darf damit deutlich weniger Geld als Einnahme behalten. Im Gegensatz gilt nunmehr die Freibetragsregelung für Erwerbseinkommen auch für Einnahmen aus ehrenamtlichen Aktivitäten. Bei Einnahmen jenseits von 175 Euro, die bislang komplett angerechnet wurden, gilt daher: Einkünfte oberhalb von 100 Euro bis 1.000 Euro bleiben zu 20% anrechnungsfrei.

Zur Energiewende beitragen – Energiestadt Ilmenau

Uns allen ist nach den schrecklichen Ereignissen in Japan klar, es gibt keine absolute Sicherheit bei der Erzeugung von Atomstrom. Der Atomausstieg muss schnellstmöglich erfolgen! Daraus ergeben sich Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft und vor allem für die Energiepolitik auch und gerade in den Kommunen.

Worum geht es?

- Energie effektiv einzusetzen und damit einzusparen,
- alle Möglichkeiten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien zu nutzen
- die Energieerzeugung weitestgehend zu dezentralisieren.
- Damit werden auch solche übergreifende Zielstellung wie:
- Wahrung des ökologischen Gleichgewichtes,
- Stärkung der regionalen Wirtschaft,
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und
- Eindämmung der Allmacht der Energiekonzerne sowie
- Die Stärkung des Wettbewerbes mit dem Ziel eines kommunalen Einflusses auf die Preisgestaltung befördert.
- Möglich ist das alles nur, wenn die Bürger einbezogen werden und die Kommunen mit langfristigen Energiekonzeptionen die Voraussetzungen schaffen.

Was fordern wir?

- Ilmenau braucht einen Energiebeauftragten, der die notwendigen Maßnahmen einleitet und koordiniert. Der Thüringer Rechnungshof zeigt auf, dass sich eine Energieeinsparung von ca. 30 € pro Einwohner und Jahr realisieren lässt und sich damit bereits ab 10.000 Einwohner eine volle Stelle, einschließlich der Sachkosten, finanziert.
- Überprüfung der Möglichkeiten zur Bereitstellung von Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien einschließlich einer Förderung von Investoren durch die Stadt. Eine besondere Rolle sollen dabei die Stadtwerke spielen.
- Wahrnehmung einer Vorbildfunktion der Stadt durch Energieeinsparung und -erzeugung.
- Gründung eines Energiebeirates unter aktiver Beteiligung der Universität.
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch solche Maßnahmen wie:

⇒ Informations- und Qualifikationsveranstaltungen mit ansässigen Firmen (Runder Tisch Energie, Energieforum usw.)
⇒ Erstellung einer Broschüre für die Bürger zum Thema Energieeinsparung und -erzeugung
⇒ Energie als Thema einer Einwohnerversammlung und
⇒ Verbesserung der Pressearbeit.

- Vernetzen der verantwortlichen Ämter und Beratungsstellen mit dem Ziel, Haushalte über den sparsamen Umgang mit Energie zu informieren und Anreize zu schaffen.
- Ganzheitliche Verwaltung der städtischen Liegenschaften, um von der Nutzungsplanung über die Reinigung und Wartung, den Bauunterhalt und die Sanierung, bis hin zur Energieversorgung und -einsparung Maßnahmen zu bündeln. Dazu gehören auch solche Aufgabe wie:

⇒ Überwachen der haustechnischen Anlagen
⇒ Reglung der Anlagen um ihre Effizienz zu sichern
⇒ Kontrolle und Steuerung der Anlagen sichern

- Erfahrungsaustausch mit Städten, die erfolgreich an Wettbewerben im Bereich der Energieeinsparung teilgenommen haben.
- Berücksichtigen von energetischen Aspekten bei der Sanierung von Objekten.
- Erstellen eines Energieberichtes, der dem Stadtrat vorgelegt wird.

Für eine Energiekonzeption, die Anliegen aller Parteien und Gruppierungen im Stadtrat ist!

DIE LINKE. Fraktion und Stadtvorstand Ilmenau

Das Politikfeld erneuerbare Energien besetzen!

Voraus gingen Gespräche zwischen Mitgliedern der Fraktion und des Stadtvorstandes Ilmenau. Rasch wurde Einigkeit darüber erzielt, dass, wollen wir Bürger erreichen und in ihrem Sinn auch agieren, die Problematik des Ausstieges aus der Atomenergie eine größere Rolle in unserer Öffentlichkeitsarbeit spielen muss.
Klar war aber auch, mit Appellen allein überzeugen wir niemanden. Deshalb planten wir einen politischen Stammtisch, der sich mit dem Thema der erneuerbaren Energien beschäftigten sollte. Genossen Klaus Leuner gelang es, die Geschäftsführerin der Ilmenauer Stadtwerke, Frau Wienhold, als Gesprächspartnerin zu gewinnen. Dass darüber hinaus Petra Enders im Vorfeld ihre Teilnahme signalisierte, gab uns dann die Sicherheit, dass es eine gelungene Veranstaltung würde.
Nun galt es, dies durch andere Maßnahmen zu flankieren. Gut, dass gerade zu diesem Termin die Montagsdemo am Apothekerbrunnen stattfand. Um unsere Position zu verdeutlichen, konzipierten wir ein Papier „Zur Energiewende beitragen - Energiestadt Ilmenau“. Während der Veranstaltung wandten sich Petra Enders, Genosse Leuner und Genosse Mitzschke (untenstehend Auszüge aus seiner Rede) an die Teilnehmer. Direkt vom Apothekerbrunnen zogen einige Teilnehmer zur Altmarktschenke.
Hier legte Frau Wienhold in einem sehr anspruchsvollen und anschaulichen Vortrag die Möglichkeiten dar, wie der Ausstieg aus der Atomenergie gelingt. Häufig unterbrochen durch Zwischenfragen entwickelte sich eine rege Diskussion. Interessant auch der Disput zwischen Petra Enders und Teilnehmern über die Sinnhaftigkeit der 380 KV-Leitung durch den Thüringer Wald. Noch vor dem Landesparteitag der Hamburger Genossen, auf dem Klaus Ernst nachdrücklich forderte: „Dem Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Prinzip ‚Regenerativ statt expansiv’ müssen sich Lobby- und Profitinteressen unterordnen. Das umfasst ausdrücklich auch den Eingriff in Eigentumsverhältnisse“, griff die Ilmenauer LINKE dieses Thema auf und versuchte es zu besetzen.
Besonders der Rolle von Energieberatern, der Aufklärung der Bevölkerung und der Stützung von Stadtwerken messen wir eine bedeutende Rolle zu. Greift doch letzteres die Allmacht der großen Stromkonzerne an und ist ein wichtiger Schritt zur demokratischen Kontrolle der Medien, die der Daseinsvorsorge dienen. Beim Auseinandergehen waren sich alle Beteiligten einig, wieder einen gelungen Veranstaltung der Ilmenauer Linken.

Karl-Heinz Mitzschke

Nicht, dass es dann heißt: „Ätsch, wir ziehen es euch wieder ab“

Als ich diesen Botton ansteckte tippte mich ein Bekannter an, so mit ganz spitzen Fingern, und sagte: Aber du weißt, ohne Atomstrom geht es auch nicht. Wer sagt das? Die Politiker sagen das. Zum Beispiel Frau Merkel. Zuerst sprach sie davon, dass die deutschen Atomkraftwerke sicher seien. Wir freuten uns schon, denn damit war ein Bauboom zu erwarten. Immerhin mussten ja riesige Mauern an der Grenze zu Tschechien und Frankreich errichtet werden. Für den Fall des Falles. Damit die Radioaktivität nicht darüber schwappt. Dann redet sie von Brückenenergie. Ein schönes Bild. Eine Brücke, etwas solides, etwas worüber man gehen kann, etwas, dass zu neuen Ufern führt. Steht man auf der Brücke, kann man mit Gruseln in den atomaren Abgrund schauen. Seht, davor haben sie uns gerettet. Nur, als wir in der Mitte der Brücke ankamen stellten wir fest, das ist keine Brücke, das ist ein morscher Holzsteg. Und zu allem Überfluss brachten sie gerade in unserem Rücken ein Schild an, Betreten auf eigene Gefahr!
Nun ist Angela Merkel nicht die Frau, die uns mit unseren Sorgen allein lässt. Entschuldigung Leute, murmelte sie zerknirscht, wir haben uns geirrt, aber wir haben verstanden. Die Atomkraftwerke werden abgeschaltet. Nicht ganz, aber für lange, lange Zeit, für drei Monate. Und wenn dann nichts passiert, dann können wir ja weiter machen. Solche Leute sagen uns ohne Atomstrom geht es nicht. Oder die Energieunternehmer sagen das.
Aber wie sie darüber denken, hat ja der Herr Brüderle ausgeplappert. Macht euch nicht verrückt, sagte er den Energieunternehmern, wir tun bloß mal so vor der Wahl, wollen ja die Leute nicht unnötig beunruhigen. Wir haben das schon vorher gewusst, aber das sie uns für so blöd halten, dafür müssen sie noch viel mehr bestraft werden!
Ist man gegen etwas, muss man auch sagen, wofür man ist. Deshalb haben sich der Stadtvorstand und die Fraktion der LINKEN von Ilmenau hingesetzt und sie haben Gedanken aufgeschrieben.
Wir wollen, dass Ilmenau Flächen schafft für erneuerbare Energie, aber auch die Bürger aufklärt. Wir wollen, dass die Stadt sehr, sehr sparsam mit Energie umgeht und dass wir das überprüfen können. Zum Beispiel in einem Energiebeirat. Und wir wollen nicht, dass so etwas passiert, was ich vor Zeiten erfuhr, als eine Familie, die ALG II bekam, Heizkosten gespart hat. Sie haben Pullover übergezogen und die Heizung herunter gedreht, haben sich gefreut, ein wenig Geld in die Hand zu bekommen. Dann hat sich die Behörde gefreut und gesagt: Ätsch, wir ziehen es euch wieder ab.
(Aus der Rede von Karl-Heinz Mitzschke auf der Demo)

www.die-linke-ilmenau.de

„Für den Krisenherd Westberlin musste eine andere Lösung gefunden werden, ohne das Gesicht zu verlieren. Das waren die Maßnahmen des 13. August 1961“

Fortsetzung der Artikelserie – „Historische Ereignisse“, Teil 6

Dieser Artikel dokumentiert Auszüge aus dem Beitrag von Fritz Streletz, Generaloberst der NVA und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR auf dem Herbsttreffen am 30. September 2010 zum Thema „Der 13. August 1961“ der Arbeitsgruppe Grenze in der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (grh)

„In Deutschland und im Ausland herrscht noch immer die Ansicht, dass die so genannte ‚Berliner Mauer’ auf Initiative von Ulbricht zustande kam. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Maßgeblichen Anteil und einer der Hauptinitiatoren der so genannten ‚Berliner Mauer’ war nach den vorliegenden Unterlagen ‚Chruschtschow’ und die sowjetische Partei- und Staatsführung.“

Eine der Quellen findet sich im 3. Band der Memoiren von Chruschtschow unter dem Titel „Epoche, Menschen und Macht“, der in Moskau erschienen ist.

„Chruschtschow forderte von dem sowjetischen Botschafter Perwuchin in Ost-Berlin eine Stadtkarte. Doch diese war Chruschtschow nicht detailliert genug. Daraufhin verlangte er von dem sowjetischen Militärstab in Berlin, gemeint ist Wünsdorf, eine operative Karte. Während des Urlaubs im Kaukasus skizzierte er auf dieser Karte den Verlauf der Trennungslinie und die Standorte der kontrollierten Übergänge. Schließlich zog er zur Beratung den Außenminister Gromyko und den für Deutschland zuständigen Vizeaußenminister Semjonow hinzu. Nachdem sie die Einzelheiten ausgearbeitet hatten, ist der Plan der Berliner Mauer dem Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU in einer geschlossenen Sitzung unterbreitet worden. Vom 3. bis 5. August lud Chruschtschow die KP-Führer und die Regierungschefs des Warschauer Vertrages nach Moskau ein und bat sie, seinen Plan zu akzeptieren. Soweit zu den Memoiren von Chruschtschow.“ …

„Wenn man die Rolle der DDR bei den Aktivitäten am 13. August 1961 nach den vorliegenden Unterlagen der führenden Politiker der Sowjetunion –

- den langjährigen Außenminister Gromyko,
- den über 17 Jahre in der DDR tätigen Botschafter Abrassimow und
- den langjährigen Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Kulikow, - objektiv einschätzen will, dann kommt man zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die DDR war ein souveräner Staat, Mitglied der UNO und von 138 Staaten diplomatisch anerkannt. Sie war auf vielen Gebieten souverän, aber nach unserer Einschätzung nicht auf militär-politischem Gebiet.

Alle wichtigen Entscheidungen, die mit den Problemen der Verteidigung der DDR einschließlich der Grenzsicherung im Zusammenhang standen, wurden unter Berücksichtigung der Interessen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages getroffen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache war die politische und militärische Führung der DDR nicht frei in ihren Entscheidungen. Deshalb hatte auch die sowjetische Seite das militärische Sagen auf dem Territorium der DDR.

Deshalb konnte die Führung der DDR an der Grenze zur BRD und zu Westberlin eigenständig nichts unternehmen. Deshalb waren auch die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 in Berlin das Ergebnis eines Beschlusses des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages.

Soweit zu den Einschätzungen führender sowjetischer Politiker und Militärs zur Souveränität der DDR.“ …

Einige Erläuterungen zum sogenannten Mauerbau.

Der „Moskauer Entwurf“ für die „Erklärung der Regierungen der Warschauer-Vertragsstaaten“ trägt die Sperrfrist bis 12.08.1961.

„Allein zu diesem „Entwurfsdokument“ aus Moskau zum 13. August 1961 gab es von Seiten der DDR 11 Veränderungen, Korrekturen und Richtigstellungen.“ …

Abschließend zum Teil 6 dieser Artikelserie noch vier, nicht unwichtige, unterschiedliche Aussagen zu den Maßnahmen vom 13. August 1961:

„Der bekannte russische Professor Igor Maximowitsch, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Russlands und Gastprofessor an der Freien Universität Berlin äußert sich wie folgt: „Dass die Entscheidung zum Mauerbau in Moskau und von Moskau getroffen wurde, pfiffen die Spatzen von allen Dächern. Letzten Endes wurde in der sowjetischen Öffentlichkeit die Nachricht vom Bau der Mauer mit gewaltiger Erleichterung aufgenommen - genau wie in anderen Hauptstädten der Welt.“ (Maximowitsch war bis 1990 Botschaftsrat in Berlin)

…Egon Bahr äußert sich zu dieser Problematik wie folgt: „Damals, 1961, hätte niemand das groteske Märchen verbreiten können, dass Ulbricht verantwortlich für die Mauer sei.“

Der amerikanische Präsident Ronald Reagen am Brandenburger Tor. Er sagte nicht etwa „Mister Honecker beseitigen Sie diese Mauer“ – nein. Er sagte:“ Mister Gorbatschow beseitigen Sie diese Mauer.“

Der sowjetische Botschafter Kotschemassow rief nach der Öffnung der Güst (Grenzübergangsstelle) am 10. November 1989 Genossen Krenz an und fragte: „…wer hat Ihnen das Recht gegeben, die Grenzübergangsstellen nach Westberlin zu öffnen?“ …“

Eindeutige Aussagen zur Beantwortung der Frage: Wer trug die Verantwortung für die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR zur BRD und zu Westberlin?

Jochen Traut

Quelle: grh Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
Sonderdruck der Arbeitsgruppe Grenze > Herbsttreffen 2010 < Dezember 2010. Seiten 28 - 31

„Wieso erfahren wir das aus der Zeitung!?“

„Der Nächste, bitte – Mit Frank Kuschel hat sich ein weiterer Bewerber für das Bürgermeisteramt gemeldet“, so titelte die Arnstädter Allgemeine in ihrer Ausgabe vom 30. April 2011. Eine Schlagzeile, die für die Mitglieder der Arnstädter LINKEN überraschend kam und für Unmut sorgte.
Für Unmut sorgte unseres Erachtens nicht Frank Kuschels Bewerbung selbst, sondern die Tatsache, dass die GenossInnen unvorbereitet in der Zeitung von diesem Angebot lesen mussten.
Auch der Stadtvorstand war überrascht – von der Schlagzeile und dem Zeitungsartikel wohlgemerkt.

Franks Angebot, im nächsten Jahr als Bürgermeisterkandidat für die Arnstädter LINKE ins Rennen zu gehen, war im Stadtvorstand besprochen worden. Der Stadtvorstand der Arnstädter LINKEN wünscht und unterstützt Franks Bewerbung. Wir halten den Kommunalpolitiker Frank Kuschel für fähig und hervorragend geeignet für dieses Bürgermeisteramt. Und wir sind der Überzeugung, dass mit diesem Kandidaten die Wahl gewonnen werden kann.

Miteinander verabredet hatten wir, dass die Maifeier für dieses Angebot bzw. die Verkündung seiner Bewerbung das passende Podium darstellen sollte. Vereinbart war, dass Frank seine Bewerbung als Bürgermeisterkandidat dem Stadtverband im Rahmen seiner 1. Mai-Rede anbieten wollte.
Wie nun diese Information die Journalisten der BILD Thüringen und der lokalen Tageszeitungen erreichte (der Chefredakteur der TA sprach davon, das sei bereits Stadtgespräch), ist uns unbekannt, lässt sich nun aber auch nicht mehr ändern.
Der Stadtvorstand hatte nicht vor, an der Mitgliedschaft vorbei Tatsachen zu schaffen. Wir wollten, dass Ihr, liebe Genossinnen und Genossen und liebe FreundInnen, als erste von Franks Bewerbung erfahrt, exclusiv sozusagen.
Wir werben darum, dass die Arnstädter LINKE Franks Angebot annehmen wird und ihn in einer Mitgliederversammlung für 2012 zum Bürgermeister-Kandidaten nominiert. Damit wir in einem starken Wahlkampf die Arnstädterinnen und Arnstädter davon überzeugen können, dass in einem roten Rathaus auch linke Politik gemacht werden kann und dies die Stadt in einem sozial-gerechten und auch nachhaltigen Sinne vorwärtsbringen wird.

Die Mitglieder des Stadtvorstandes
DIE LINKE. Arnstadt

Leserbrief:

Wahlerfolg contra Programmatik?

Im „so gesehen“-Kommentar der Aprilausgabe des Linken Echos stellt Gen. Bauerschmidt den Leser des Blattes seine Meinungen zu einigen grundlegenden Fragen der „kleinen“ und „großen“ Politik vor. Einiges davon ist, ob nun pro oder kontra, sicher diskutierenswert und könnte in Folge auch durchaus fruchttragende Ergebnisse zeigen.
In einem benannten Fakt und einer Meinung jedoch können aus meiner Sicht die Worte des Gen. Bauerschmidt nicht unwidersprochen bleiben.
Zuerst zum einleitenden Fakt: Eine Verbindung der Wahlergebnisse in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen mit jenen der Bürgermeisterwahl in Plaue ist so falsch wie bequem. Falsch insoweit, als dass die Wahl in Plaue ein katastrophales Desaster war, während bei den oben genannten „großen“ Wahlen trotz einer extremer Beeinflussung dieser durch überregionale und globale Ereignisse die prozentualen Anteile unserer Partei bei gleichzeitig deutlich gestiegener Wahlbeteiligung gehalten werden konnten. Dies bedeutet, ohne die Ergebnisse schön reden zu wollen, eine reale Vergrößerung unserer Wählerschaft. In Plaue hingegen gelang es uns bei nicht einmal ein Fünftel (gemessen an den Bundestagswahlen des Jahres 2009 mit annähernd gleicher Wahlbeteiligung) unserer eigenen Wählerschaft zu erreichen. Bequem ist diese nur im ersten Moment schlüssig erscheinende Verbindung der plaueschen Katastrophe mit den angeblichen Misserfolgen in der großen Politik jedoch insoweit, als dass uns, folgen wir denn dieser Argumentation, die extrem selbstkritische Analyse der Wahl in Plaue, ein Hinterfragen der Kandidatin und der Partei vor Ort und in der Region ebenso erspart bleibt wie die vielleicht schmerzlichen Konsequenzen einer solchen Analyse. Der im Kommentar vorgezeichnete Weg ist falsch und gefährlich.
Viel grundlegender und damit auch viel widersprechenswerter ist jedoch die, wenn auch leicht verklausuliert geäußerte Meinung, zum Zwecke des Wahlerfolgs von grundlegenden friedenspolitischen Richtlinien abzuweichen.
Nur weil die auf Unwissenheit und selektiver Information basierende politische Mainstream-Meinung in einem Bürgerkrieg eine Seite als die „Gute“ gewählt hat, müssen wir folgen, um Wahlerfolge zu erzielen?
Gerade die libysche Frage ist das beste Beispiel, dass es eben nicht so sein darf, dass es vielmehr zwingend nötig ist, für eine konsequent friedliche Lösung zu streiten und die kompromisslos. In Libyen stehen sich nicht „Gut“ und „Böse“ gegenüber, so dass es einfach wäre eine Seite zu wählen. Gäbe es den despotischen Tyrannen auf der einen und das für seine ureigenen Rechte kämpfende Volk auf der anderen Seite, wäre es wohl leicht zu entscheiden, aber selbst dann ist es fragwürdig, ob dies auch gleichzeitig bedeuten muss, einen ausländische Militärinterventi-

on gut zu heißen oder ob es nicht auch dann friedlichere und damit letztlich immer effizientere Mittel der Unterstützung des „Guten“ gäbe. Ja, es gibt den Despoten und Diktator in Libyen, aber wer steht auf der anderen Seite? Das Volk oder wie heute gern bezeichnet „die Zivilgesellschaft“?

Seit 1991 werden laut New York Times – einem nicht gerade Gaddafifreundlichen Blatt – durch verschiedene staatliche und nichtstaatliche Dienste der USA unter dem Banner des Kolonialkönigs Idris Truppen und Diversanten gegen Gaddafi ausgebildet. Gerade diese „Zivilisten“ sind es nun, die an vorderster Front gegen Gaddafi stehen, die rassistisch motivierte Hetzjagden auf in Libyen lebende Schwarzafrikaner veranstalten (Versucht sich da jemand als noch besserer Flüchtlingsschreck als Gaddafi es für die EU war ins rechte Licht zu rücken?) und die unter dem einzigen Schlachtruf „Allah hu akbar“ als erstes eine „nationale“ Ölfirma gründen, noch bevor sie eine Regierung oder auch nur ein annähernd vergleichbares Gremium geschaffen haben. Diese „Rebellen“ werden nun im Gefolge der panarabischen Reformbewegung als das „Volk“, als die „Stimme der Demokratie“ verkauft und bis hinein in die politische Linke wird der Köder geschluckt und eine militärische Intervention zu Gunsten dieser „Zivilisten“ in Panzern und Flugzeugen, hinter MG und Granatwerfern verlangt.

In Libyen tobt ein Bürgerkrieg und dieser wird nicht weniger schrecklich, sondern nur noch unauflösbarer, wenn man unter dem Vorwand der angeblichen Hilfe für Zivilisten militärisch interveniert und mal eben neben den Kombattanten der anderen Seite auch noch Zivilisten (diesmal natürlich „böse“, da sie zu Gaddafi halten oder einfach nur in Tripolis zuhause sind) umbringt. Die „Rebellen“ lügen, Gaddafi lügt und die Interventen lügen, letztere sogar besonders plump. Erinnert sei an die Aussage der britischen Royal Air Force: „Wir wussten nicht, dass die Rebellen auch Panzer haben“ und das, nach dem man 3 Wochen zuvor auf jedem Nachrichtenkanal vom US-amerikanischen CCN bis zum iranischen PRESS TV die Panzer mit dem Idris-Banner in Benghazi paradieren sehen konnte.

Gerade das konkrete Beispiel Libyen zeigt, dass die Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Zeiten, so es sie denn jemals überhaupt gegeben hat, vorbei sind. Und gerade an diesem Beispiel soll die grundsätzliche Friedenspolitik der LINKEN aufgeweicht werden? Nein, das darf nicht geschehen, beweist doch gerade diese konkrete Situation, wie wichtig und richtig diese Position ist. Libyen darf für die Friedenspolitik der LINKEN nicht das werden, was das Kosovo und die antiserbische Mainstreampropaganda für die grüne „Friedenspolitik“ wurde.

Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, für eine Handvoll Mandate ihre Grundlagen und in diesem Falle damit sogar Menschenleben zu opfern. Vielmehr ist es unsere Aufgabe gegen den emotionslastigen, propagandageschwängerten Mainstream mit Argumenten und Fakten vorzugehen, aufzuklären im besten Sinne des Wortes.

Eine militärische Intervention in die inneren Angelegenheiten einer Nation oder eines Staates mit Hilfe der LINKEN? Nein, nie und nirgends.

Erika

Zum NATO-Angriff auf Libyen

„A big stick is all they need.“ - „Ein großer Knüppel ist alles, was die brauchen.“ - dieser unheilvolle Grundsatz bestimmt die US-amerikanische Außenpolitik seit Präsident Theodore „Teddy“ Roosevelt (1858 – 1919). Wie die jetzigen Luftangriffe auf Libyen zeigen, sind die USA auch weiterhin nicht bereit, von solcher äußerst gefährlichen aggressiven Politik abzugehen. Friedliche Lösungen sind ihre Sache nicht, womit wieder einmal dem schlechten Ruf, als Weltgendarm aufzutreten, vollauf Genüge getan wird. Die Geschichte kennt viele blutige Putsche und grausame Bürgerkriege, bei denen die USA nicht eingegriffen oder die sie selbst angezettelt haben, und sie kennt furchtbare Kriege, die von ihnen selbst geführt wurden – 1973 wurde in Chile Pinochet mit CIA-Hilfe an die Macht geputscht, von 1950 bis 1953 mit Napalm und anderen geächteten Mitteln Krieg auf der koreanischen Halbinsel und von 1965 bis 1975 mit Napalm, Streubomben und Entlaubungsgiften in Vietnam geführt. Immer ging es um die Interessen des eigenen Großkapitals und um diese geht es auch jetzt, nicht um das libysche Volk, nicht um Menschenrechte, sondern um Öl und Gas und gegen einen Machthaber, der diesen Interessen schlichtweg im Wege ist. Die NATO erweist sich wieder einmal als williger Vollstrecker dieser Aggressionspolitik, Großbritannien und Frankreich sind bereits eifrig mit dabei, die BRD zögert noch, aber nur beim Bombenwerfen. Sollte das Scheitern Rommels doch wenigstens zu etwas Nachdenken Anlass gegeben haben? Erinnert sich Frau Merkel daran, wie eben diese NATO-Staaten, allen voran USA und BRD, 1968 beim Einmarsch von Staaten des Warschauer Vertrages in die ČSSR und 1979 beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan getobt haben? Dabei muss man die Maßstäbe, mit denen man andere misst, auch bei sich selbst anlegen. Für Libyen wie auch für viele andere Konfliktgebiete sind friedliche Lösungen notwendig. Die aber sind nur auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, nicht mit einem völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg, der allenfalls eines beweist – die Notwendigkeit der raschen Abschaffung dieses Kriegsbündnisses.

Hans-Joachim Weise

Termine im Monat Mai

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

02.05.11	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
11.05.11	19.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

Fraktionssitzungen:

09.05.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
10.05.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
23.05.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE

Basisorganisationen:

11.05.11	09.30 Uhr	Basisvorsitzende südlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

26. 05.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Rathaus
12.05.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

27.05.2011 ab 12:00 Uhr

Politisch-Kulturelles **LINKES Spektakel** auf dem Erfurter Anger. Mit Redebeiträgen bekannter PolitikerInnen und Buchlesungen (Matthias Biskupek, Reinhold Andert und Barbara Thalheim), Markt der Möglichkeiten, Kinderangeboten, Großfeldschach und Konzert der Gruppe „Emma“ aus Nordhausen.

20:00 Political Cinema. Für eine andere Welt! Jugendrevolten in Europa und weltweit. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und dem offenen Jugendbüro RedRoXX. (Pilse 29, 99084 Erfurt)

DIE LINKE.

Weitere Veranstaltungen:

05.05.11	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung DIE LINKE.Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausclub
08.05.11		Gedenken an die Opfer des Faschismus.
	10.00 Uhr	Arnstadt; Friedhof Ehrenmal-Gräberfeld für Zwangsarbeiter
	10.00 Uhr	Ilmenau; Friedhof Ehrenmal-Gräberfeld für Zwangsarbeiter
10. 05.11	14.00-17.00 Uhr	„Lest - was die Nazis vor 78 Jahren verbrannten“ Öffentliche Buchlesung am Hopfenbrunnen Arnstadt. Veranstalter Bündnis gegen Rechts Arnstadt
11.05.11	15.00 Uhr	Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
14.05.11	9.30 Uhr	Stadtmitgliederversammlung DIE LINKE.Arnstadt, Stadtbrauerei Vereinszimmer
28.05.11	10.00 Uhr	Sömmerda. Landesparteitag DIE LINKE.Thüringen - Strategieparteitag
Termin	offen	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
Termin	offen	„Gewerkschaftsbewegung heute und morgen“ Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Thüringen. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausclub
		Bitte in der Geschäftsstelle Ilmenau anfragen

www.die-linke-ilmkreis.de